



*Der stolze Gemeindebau: Nehmen wir den Namen dieser Art Bau so buchstäblich wie seine Beschriftung. Es heißt nicht „Massenwohnbau“; es heißt nicht „projects“, auch nicht „Banlieues“. Und den Sammelnamen „sozialer Wohnbau“ für geförderten und kommunalen Wohnbau gibt es noch nicht lange. So positiv das Konzept „sozial“ auch konnotiert ist, glaube ich, dass der Name Gemeindebau noch mehr an Sinn enthält. Legt er uns doch die Frage nahe: Wer und was ist die Gemeinde?*

GABU HEINDL

# Stadtfreundschaft!

**Ein Plädoyer für eine neue, intersektionale Solidarität und einen materialistischen Gemeindebau**

TEXT: GABU HEINDL

**E**rbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1928 und 1929 aus den Mitteln der Wohnbausteuer“ steht in Rot auf der Fassade des Rabenhofs im dritten Bezirk. Nicht nur dort: Auf allen Fassaden von Gemeindebauten der Ära des Roten Wien (1919–1934) verkünden große Lettern stolz eine Aufbauleistung. An diesen Aufschriften, die keineswegs „technischen“ Charakter haben, liest sich einiges für uns heute überraschend: etwa der implizite Hinweis auf die schnelle Erreichung hochgesteckter Planungsziele, weiters der Stolz auf vorhandene Mittel (während Wien sich heute allzu oft als „mittellos“ präsentiert, weshalb dann für öffentliche Bauten die notorischen Public-private-Partnerships als alternativlos dastehen). Markant in heutiger Sicht ist vor allem das öffentliche Anschreiben einer Steuer, und nicht irgendeiner: Die Wiener Wohnbausteuer war eine vom Bürgertum vehement bekämpfte progressive Umverteilungssteuer – von oben nach unten!

Der stolze Gemeindebau: Nehmen wir den Namen dieser Art Bau so buchstäblich wie seine Beschriftung. Es heißt nicht „Massenwohnbau“ (das zu Unrecht abqualifizierte, eigentlich wiederzugewinnende Wort „Masse“ steht da für schablonenhaften Plattenbau); es heißt nicht „project“ (wie stigmatisierte Sozialwohnbauten in den USA genannt werden), auch nicht „banlieue“ (Wiener Gemeindebau findet sich in allen Bezirken, als Teil einer hegemoniepolitischen Planungsstrategie der frühen Wiener Sozialdemokratie). Und den Sammelnamen „sozialer Wohnbau“ für geförderten und kommunalen Wohnbau gibt es noch nicht lange. So positiv das Konzept „sozial“ auch konnotiert ist, glaube ich, dass der Name Gemeindebau noch mehr an Sinn enthält. Legt er uns doch die Frage nahe: Wer und was ist die Gemeinde?

**Umgangssprachlich heißt** „die Gemeinde“ die Stadtverwaltung von Wien. Nicht zuletzt in einer paternalistischen Färbung, wie sie hier Tradition hat. Zugespielt sieht es dann so aus: Der Gemeindebau gehört der Verwaltung, und die lässt Menschen drin wohnen. Vielmehr: nur diejenigen, die im etwas exklusiven Kreis der Wiener und Wienerinnen eingemeindet sind; die also, wie es der „Wien-Bonus“ klarstellt, mindestens zwei Jahre an derselben Wiener Adresse gemeldet sind. Ein dauerhafter Wohnsitz von bis zu 15 Jahren hilft, vorgereicht zu werden – eine Hürde für jene, die neu sind am Wohnungsmarkt mit seinen 70 Prozent befristeter Mietverträge. (Diese diskriminierende „Hiesige zuerst“-Ausschlusspolitik hat die Bundesregierung nun österreichweit durchgesetzt.)

Vergleichbare Ausschlusskriterien gab es schon im historischen Roten Wien. Und seit damals spießen sich solche Verengungen mit dem universalistischen, gleichheit-

## Zur Person

### Gabu Heindl

ist Architektin, Stadtforscherin und Publizistin. 2013–2017 war sie Vorstandsvorsitzende der ÖGFA – Österreichische Gesellschaft für Architektur. Seit 2018 ist sie Visiting Professor an der Sheffield University, UK. Zuletzt erschienen: Building Critique. Architecture and its Discontents (2019)



**Der Gemeindebau der Zukunft liegt in all den guten Lagen, die heute aufgrund von Grundstückspreisspekulation dem Privatwohnbau vorbehalten sind**



lichen Projekt, das in den Resten der kollektivistischen „Utopie Gemeindebau“ immer noch anklängt. Dass der Gemeindebau etwas Kollektives ist, liegt auf der Hand. Darum ist eine in Privateigentum verkaufte Gemeindewohnung keine solche mehr, und eine verkaufte geförderte Wohnung ist nicht mehr Teil des sozialen Wohnbaus. Im Sinn der Gemeinde als Verkörperung von Gemeinwohl ist Wohnen ein öffentliches Interesse, kein Vorsorgeprodukt für die private hohe Kante. Vorsorge und damit Zukunftsorientierung für viele zu bieten, ist allerdings Sache der Gemeindewohnung: Sie gewährleistet Sicherheit – unbefristet – mit gedeckelten Mieten, mit Weitergabempfehlungsrecht und – weil die Last des Eigentums entfällt – Freiheit für Entscheidungen, etwa für einen Lebensabschnittswechsel, Wohnort- oder Wohnformwechsel. Falls das bekannt klingen sollte, das ist keine Utopie, sondern war die Idee des Gemeindebaus.

**Die imposante Zahl, Größe und Form** der Wiener Gemeindebauten führt stets vor Augen, dass ein auch utopisch inspiriertes Projekt hier auf seine entschlossene Realisierung hin verfolgt wurde. Realisierung (mit Abstrichen) nicht zuletzt eines Bekenntnisses zu Urbanität, zur Stadt als damals (wie

heute) „roter Insel“ in einem strukturell konservativen Land.

Geplant, realisiert, gebaut wurde im Roten Wien „für das Proletariat“. Auch dieses Verständnis eines Adressaten und eines Subjekts der Gemeinde(bau)politik ist von dem genannten Spannungsverhältnis charakterisiert: Die Gemeinde, verstanden als „die Partei“, beansprucht zu wissen, wer das Proletariat ist, heute: wer „die Wiener“ sind; sie formt, organisiert – und schließt aus. Einem vor 100 Jahren zwar umstrittenen, aber doch definierbaren „Sozialkörper“ des (Industrie-)Proletariats, für das die Gemeinde einen Vertretungsanspruch übernahm, steht heute ein Quasi-Proletariat gegenüber, das sich als Gemeinde vor allem in deren ständiger Neuöffnung und Neugliederung charakterisiert. Da stellt sich also ständig die Frage, wer dazugehört. Eine wichtige politische Forderung in dieser Hinsicht, und zwar beim Wohnen wie auch beim Wählen, ist verdichtet in dem Slogan „Alle, die hier sind, sind von hier“. Das heißt: Alle in Wien Lebenden haben neben gleichen Pflichten auch die gleichen Rechte, ungeachtet ihrer Herkunft oder Papiere.

**Wenn wir Proletariat weniger** über organisierte Fabriksarbeit verstehen als darüber, wer in der Gesellschaft besitzlos, ohne Rech-



ERMÖGLICHT DURCH DIE STADT WIEN

25 AUS DEN MITTELN DER ERBSCHAFTSSTEUER

te und im Alltag als Gruppe vulnerabel ist, dann umfasst dieser alte Begriff heute eine vielfältige Gemeinde. Das reicht vom Prekariat und einer abstiegsgefährdeten Mittelschicht über die Working Poor (vielfach Frauen in schlecht bezahlter Reproduktionsarbeit) bis hin zu Alleinerziehende, Menschen mit Migrationserfahrung, Menschen, die diskriminiert werden, sei es rassistisch, heterosexistisch oder als Behinderte. (Und gleich dazugesagt: Niemand soll aus sozialem Wohnbau ausziehen müssen, wenn er oder sie zeitweise nicht zu den „Armen“ zählt.) Statt mit Durchstrukturierung „von der Internationale bis zur Bezirks-Sektion“ haben wir es heute mit einer Intersektionale zu tun: mit Überschneidungen des Betroffenseins von Marginalisierungserfahrungen – und mit Verhältnissen zwischen den von verschiedenen Marginalisierungserfahrungen Betroffenen. Vor dem Hintergrund solcher Konflikt- und Bündnismöglichkeiten stellt sich das Problem der Gemeinde in einem nachdrücklichen Sinn, von der lokal-globalen Ebene des Kommunalen bis hin zu Commons als Gemein-Eigentum in Selbstverwaltung.

bleibt die gewichtige Frage: Was ist der Bau der Gemeinde der Zukunft? Hat der Gemeindebau künftig statt Waschküchen Solarkraftwerke im Zentrum? Wird

er, rundum begrünt, in Turmform in die Höhe wachsen, wie es schon frühe kommunistische Kunstwerke und sozialdemokratische Filme imaginierten? Das Bauen der Zukunft muss die ökologische und die soziale Frage verbinden.

**Solche Visionen wollen** ganz materialistisch angegangen sein. Zum einen übers Material: Für den Gemeindebau der Zukunft wird Boden nicht mehr unnötig versiegelt oder neu erschlossen, kein Sand, der knapp ist, für Stahlbeton, kein Holz, das anderswo gebraucht wird, kein Styrodur mit seiner Zukunfts-Schrott-Hypothek mehr verbaut, solange in der Stadt ungenutzter Wohnraum vorhanden und Wohnqualität so eklatant ungerecht verteilt ist. Genau genommen wird ein Großteil des Gemeindebaus der Zukunft gar nicht gebaut: Anstelle von Neubau wird es um Umwandlung gehen. Und da zeigt sich in materialistischer Sicht das Umbauen der Bauten (und der Gemeinde, der Gesellschaft) als eine Sache sozialer und politischer Prozesse, die auch Konflikte sind – und nicht nur als „Planungsutopie“. Schlicht gesagt: Der Gemeindebau der Zukunft sind die Umbauten all der Spekulationsgebäude, die vergemeinschaftet und zum Gemeindebau umfunktionalisiert werden, es ist der kollektive Um-

**Solidarisch, gemeinschaftlich und grün: So könnte der Gemeindebau 2.0 aussehen**

bau von nicht genutztem Privateigentum zu kommunal verwaltetem und genutztem Gemeingut.

**Wenn aber schon Neubau, dann** soll er anstelle neoliberaler Profitmaschinen oder Luxus-Macht-Architekturen für die Happy Few eher die Macht der Vielen materialisieren. Wir würden ganz anders über stolze hohe Häuser diskutieren, wenn mit ihnen eigentlich der Gemeindebau der Zukunft angesprochen wäre. Der Gemeindebau der Zukunft liegt in all den guten Lagen, die heute aufgrund von Grundstückspreisspekulation dem Privatwohnbau vorbehalten sind.

Er bietet den verschiedensten Wohn- und Arbeitsformen Platz: ob anonymes, fremdveraltetes oder selbstveraltetes, kollektives Wohnen, Co-Housing, schlüsselfertig oder offen für Selbstbau. Er wird auch Raumpolster beinhalten, frei programmierbare Räume für zukünftige Tätigkeiten, deren Raumbedarf und Raumwünsche wir noch nicht kennen. Gemeindebau für die Vielen – für die Intersektionale – ist keine Frage von Typologien oder Turmhöhen, er kann auch niedrig sein, aber eines muss er sein, nämlich in Hinblick auf rassistische, geschlechts- und klassenbezogene Machtverhältnisse: solidarisch. E